

Pressespiegel

zum Besuch des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung in Oldenburg (Oldb) am 7. Juni 2009

Stand: 12.07.2009, eventuell aktualisierte Fassung unter: www.munoz.uri-text.de/Pressespiegel_Munoz7teJuni2009_inOldenburg.pdf

die tageszeitung, 08.07.2009	1
Focus online, Schule, 22.06.2009	2
die tageszeitung, 10.06.2009	3
die tageszeitung, 10.06.2009 - Kommentar	4
Nordwest-Zeitung, Lokalteil Stadt Oldenburg, 08.06.2009.....	5
epd Evangelischer Pressedienst Niedersachsen-Bremen, 08.06.2009	6
bildungsklick.de, 08.08.2009 - Interview mit Vernor Muñoz	7
KNA Katholische Nachrichtenagentur, 07.06.2009	8
die tageszeitung, 06.06.2009 - Interview mit Vernor Muñoz.....	9
epd.de, Evangelischer Pressedienst, 06.06.2009	11
Nordwest-Zeitung, Lokalteil Stadt Oldenburg, 06.06.2009.....	11
Nordwest-Zeitung, Lokalteil Stadt Oldenburg, 04.06.2009.....	12
die tageszeitung, 03.06.2009	12
Süddeutsche Zeitung, 02.06.2009.....	12
Nordwest-Zeitung, Lokalteil Stadt Oldenburg, 19.05.2009.....	13

die tageszeitung, 08.07.2009

"Nachteil für alle": Muñoz' Rede als Doku

Anfang Juni war Vernor Muñoz, der Sondergesandte für Bildung der Vereinten Nationen, in Oldenburg. In einer bemerkenswerten Rede beschrieb er die Bedeutung des Rechts auf Bildung.

Muñoz sagte, "der Erfolg einer Person kann in der Bildung nicht auf dem Misserfolg einer anderen Person aufgebaut sein." Er beschrieb damit, warum das deutsche Schulsystem in seiner Struktur gegen die Menschenrechte verstößt - denn in ihm basiert der Erfolg von Gymnasiasten auf dem Scheitern von Haupt- und Sonderschülern.

"Wenn Bildung nicht als Recht angesehen wird, bedeutet dies, dass sie eingestellt, verweigert und verkauft werden kann", sagte der Anwalt aus Costa Rica. Das bedeute, "dass jene Familien, die sie nicht bezahlen können, zu Nichtwissen und lebenslänglichem Analphabetismus verurteilt sind". Muñoz betonte: "Wenn wir es einer Person unmöglich machen, zu lernen, verurteilen wir sie nicht nur zum Tode, sondern erniedrigen wir damit alle Menschen."

Muñoz setzte sich in Oldenburg besonders mit den eingeschränkten Rechten von Behinderten auseinander. Als Ursache dafür sah er eine patriarchale Superstruktur: "Patriarchalismus meint ... einen Bezugsrahmen, innerhalb dessen Menschen in Situationen der Ungleichheit wahrgenommen werden. (...) Insofern meint Patriarchat auch jene Herrschaft, die Menschen ohne Behinderungen

über Menschen mit Behinderungen ausüben. Menschen, die ohne Behinderungen leben, scheinen davon auszugehen, dass sie ein Recht haben, die Bedingungen festzulegen, unter denen Menschen mit Behinderungen zu lernen haben. Diese grundlegende Ideologie schafft Verhältnisse des Nachteils, der Asymmetrie, die in unserem Bildungssystem immer wieder reproduziert werden."

Muñoz' Rede ist in Gänze dokumentiert unter: www.munoz.uri-text.de/dokumente.html

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=bi&dig=2009%2F07%2F08%2Fa0128&cHash=51ac3a1394>
(download 12.07.2009)

Focus online, Schule, 22.06.2009

Förderschulen: „Die Aussonderung überwiegt“

Laut UN-Konvention muss Deutschland dafür sorgen, dass Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen unterrichtet werden können. Doch die Praxis sieht anders aus, befürchtet auch UN-Sonderberichterstatter Vernor Muñoz Villalobos.

Von FOCUS-SCHULE-Autorin Silvia Hartwig

Sie sollen dieselben Chancen haben wie andere Kinder: Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen in Zukunft zum größten Teil gemeinsam mit anderen Kindern an Regelschulen unterrichtet werden. Das besagt die UN-Behindertenkonvention, die Deutschland unterzeichnet hat und die ein „inklusives Bildungssystem“ fordert.

Vernor Muñoz Villalobos, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, glaubt Presseberichten zufolge trotzdem nicht an eine sofortige Verbesserung des Systems: „Natürlich ist das ein Lichtblick, aber in der Welt – nicht nur in Deutschland – gibt es immer noch einen großen Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Wir hoffen, dass dieses sehr positive Signal wirklich zum Fortschritt in der Bildungspraxis führt.“

Theorie sieht besser aus als die Praxis

Im europäischen Durchschnitt werden 85 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ unterrichtet. In Deutschland ist das bisher eher die Ausnahme: Nur etwa 15 Prozent dürfen die Regelschule besuchen. Generell sind die Plätze für behinderte Schüler an Regelschulen zwar nicht begrenzt, doch es scheitert an den Rahmenbedingungen. Kinder mit Behinderungen können eine allgemeine Schule besuchen, wenn die personellen und organisatorischen Bedingungen vorhanden sind, heißt es aus den Kultusministerien.

„Die Voraussetzungen an den meisten Schulen sind nicht erfüllt. Die Aussonderung von Behinderten überwiegt“, kritisiert Klaus Seifried aus dem Berufsverband deutscher Psychologen. Häufig fehlen ausgebildete Sonderpädagogen und technische Hilfsmittel. Einige Schulen sind nicht barrierefrei.

Schulamt hat das letzte Wort

Die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention liegt nach der Föderalismusreform vor allem in der Verantwortung der Länder. Die haben unterschiedliche Ansätze für die Integration behinderter Kinder. Schleswig-Holstein lässt 45 Prozent der Schüler integrativ unterrichten. In Nordrhein-Westfalen sind es dagegen nur etwa 14 Prozent. Auch der Begriff „integrativ“ wird in den Ländern sehr unterschiedlich interpretiert. In Bayern oder Baden-Württemberg gibt es neben anderen Schulsystemen auch das Modell „Außenklasse“ für Förderschüler. Die Kinder werden zwar im selben Gebäude untergebracht, aber getrennt unterrichtet. So treffen sie sich nur in der Pause. Dem „inklusiven Bildungssystem“ entspricht das nicht.

Dabei sieht Klaus Seifried klare Vorteile im gemeinsamen Unterricht an einer allgemeinen Schule: „Wenn unterschiedliche Kinder zusammen lernen, werden wichtige soziale Kompetenzen geschult.“ Baden-Württemberg hat erst im letzten Monat die Sonderschulpflicht aufgehoben. Ein Gremium aus Fachleuten soll nun den Förderbedarf feststellen und in einem Gespräch den Eltern Vorschläge machen, welche Schule das Kind besuchen soll. Doch letztendlich entscheidet, wie in fast allen anderen Bundesländern auch, das Schulamt über die Schule, die das Kind besuchen soll. Bremen ist das erste Bundesland, das Eltern rechtskräftig entscheiden lässt, ob ihr Kind eine Förderschule oder eine allgemeine Schule besuchen wird.

Geduld oder Klage?

„Es kann nicht Knall auf Fall um die Abschaffung aller Förderschulen gehen, aber es darf auch keinen erzwungenen getrennten Unterricht geben. Eltern müssen ein Wahlrecht bekommen“, fordert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE). Viele Eltern sehen das ähnlich. In den meisten Bundesländern gibt es deshalb Klagen von Betroffenen, die nicht akzeptieren wollen, dass ihre Kinder eine Förderschule besuchen und auf diese Art ausgegrenzt werden. Seitdem die UN-Konvention in Kraft getreten ist, haben viele Betroffene wieder Hoffnung auf Chancengleichheit. Der Kölner Rechtsanwalt Christian Birnbaum, spezialisiert auf Schulrecht, ist eher skeptisch: „Die Chancen, einen Prozess zu gewinnen, werden durch die UN-Konvention nicht signifikant erhöht. Aber sie kann dazu dienen, hilfreiche Argumente zu finden.“

Vernor Muñoz Villalobos glaubt dagegen, dass Eltern das Recht auf Inklusion durchaus einklagen können: „Es gibt das internationale Völkerrecht und Deutschland ist ja Teil dieses Völkerrechts, da gibt es eine rechtliche Grundlage.“ Glaubte man den Kultusministerien, scheinen Klagen wohl bald nicht mehr nötig zu sein. So beteuern viele, dass bald mehr Kinder mit Behinderungen an Regelschulen unterrichtet werden können. Die Frage ist nur: Wer schafft die nötigen Rahmenbedingungen?

http://www.focus.de/schule/schule/bildungspolitik/foerderschulen-die-aussonderung-ueberwiegt_aid_408514.html
(download 23.06.2009)

die tageszeitung, 10.06.2009

Menschenrechte nicht für den Mond

Munoz ermahnt Deutschland. Der Sonderbeauftragte der UN für das Menschenrecht auf Bildung, Vernor Munoz, fordert Bundesländer und -regierung auf, die Rechte behinderter Kinder anzuerkennen. VON CHRISTIAN FÜLLER

BERLIN/OLDENBURG taz | Der UN-Sonderberichterstatter für Das Menschenrecht auf Bildung, Vernor Munoz, hat sich erneut sehr kritisch über den Umgang mit behinderten Schülern in Deutschland geäußert. Munoz sagte der taz, "das Menschenrecht auf Bildung ist nicht für den Mond gemacht!"

Er reagierte damit auf die Äußerung eines Marburger Schulrats, der sagte: Die Konvention der Vereinten Nationen für behinderte Menschen habe in Hessen keine Gültigkeit. Wie die taz berichtet hatte, verweigert das Schulamt mit diesem Hinweis einem 15-jährigen Jugendlichen mit Down-Syndrom den Zugang zu einer Gesamtschule - obwohl diese ihn aufnehmen will.

Der Jurist und Menschenrechtsbeauftragte Munoz mahnte in einem Gespräch am Rande seines Besuchs in Oldenburg grundlegende Veränderungen der deutschen Schule an. "Mit dem Schulsystem kann es so nicht weiter gehen. Man kann nicht sagen, wir machen inklusive Schule - und ändert aber gar nichts", sagte Munoz.

Inklusive Schule ist ein Begriff aus der Behindertenkonvention, er legt fest, dass Behinderte künftig von Anfang an als dazugehörend zu betrachten sind. Munoz meinte, es wäre nicht richtig und undiplomatisch, die Bundesländer als Schurkenstaaten zu bezeichnen - obwohl sie fortgesetzt und absichtlich UN-Menschenrechtskonventionen missachteten. "Nein, die Bundesländer sind keine Schurkenstaaten. Aber wir müssen darauf bestehen, dass auch deutsche Schulbeamte dabei helfen, die Rechte behinderter Kinder in der Realität umzusetzen."

In Deutschland sind viele Fälle behinderter Kinder bekannt, denen der Zugang zur allgemein bildenden Schule verwehrt bleibt. Der Bundestag und die Bundesländer haben aber kürzlich eine Konvention der UN ratifiziert, welche Menschen mit Handikaps den Gang zur Regelschule ausdrücklich erlaubt. Die Beauftragte des Instituts für Menschenrechte in Berlin Claudia Lohrenscheidt teilte unterdessen mit, ihr Institut werde ab sofort die Umsetzung der Rechte nach der UN-Konvention beobachten. In Deutschland lernen über 400.000 Schüler in Sonderschulen - das sind 85 Prozent der behinderten Kinder.

Der taz wurde unterdessen ein weiterer Fall berichtet, in dem alle Beteiligten sich für die Aufnahme eines Down-Jungen in eine Regelschule stark machen, das Schulamt aber praktisch ein Verbot ausgesprochen hat, das Kind aufzunehmen. Der Junge heißt Ernesto, ist sechs Jahre alt und kommt aus Köln. Eine Grundschule wollte ihn in den normalen Unterricht integrieren. Doch da schritt die Schulbehörde ein und untersagte die Aufnahme - aus Kostengründen.

"Es sind nicht die Menschen, die behindert sind", sagte der Juraprofessor, Autor und ehrenamtlicher Gesandter des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, "Behinderung ist eine Eigenschaft, die man diesen Menschen durch Strukturen von außen antut." Munoz betonte, "das Lernen ist die einzige Möglichkeit, seine Grenzen zu überschreiten." Dies dürfe man einem Menschen nicht vorenthalten.

Munoz äußerte sich erstmals auch über die lange erwartete Antwort, welche die Bundesregierung auf seinen Inspektionsbericht abgegeben habe. "Ich hatte letztes Jahr noch einmal nachgefasst, um einen Folgebericht zu bekommen. Darauf habe ich schließlich im April 2009 eine Antwort erhalten", sagte der 47-jährige Costa-Ricaner. Er nannte die dreiseitige Antwort der Bundesregierung dünn.

"Die Bundesregierung meint, dass die verschiedenen Schulformen nicht mehr so streng getrennt sind, wie sie es bislang waren. Es gebe verschiedene Förderprogramme, die dagegen helfen. Genauso existierten, wie sie es nennt, in Regelschulen integrative Programme und bedürfnis-spezifische Programme in den Sonderschulen."

Die Bundesregierung hatte nach taz-Informationen zunächst erwogen, keine schriftliche Antwort auf den Deutschlandbericht von Munoz zu geben.

<http://www.taz.de/1/zukunft/wissen/artikel/1/menschenrechte-nicht-fuer-den-mond/>
(download 09.06.2009)

die tageszeitung, 10.06.2009 - Kommentar

Beamte gegen Menschenrechte

Mehrere Bundesländer wollen Teile der Kinderrechtskonvention nicht akzeptieren

KOMMENTAR VON CHRISTIAN FÜLLER

Die Deutschen sind immer mächtig stolz, wenn sie auf ihre Grundrechte zu sprechen kommen. Keine Staatsrechtler tagung, in der nicht die Artikel 1 bis 19 beschworen werden: Die Schande der Grundrechtsbeseitigung durch Hitler per Rechtsverordnung sei getilgt, ja das Grundgesetz erteile sogar explizit die Erlaubnis, gegen jene aufzustehen, die sich an ihnen zu schaffen machten.

Wenn es um die Konventionen der UN geht, ist von diesem Naturrechts-Pathos leider wenig zu spüren. Mag ja sein, teilen Schulräte lässig mit, dass die Bundesrepublik da etwas unterzeichnet habe - "aber hier gilt das nicht". Gemeint ist die Konvention für behinderte Menschen, die es jedem besonderem Kind erlaubt, seine Schule frei zu wählen. Mehrere Bundesländer haben die Chuzpe, ganz offiziell Teile der Kinderrechtskonvention nicht zu akzeptieren. Die Folge: Oft gehen in Deutschland Flüchtlingskinder heimlich zur Schule - in der Angst, denunziert und abgeschoben zu werden.

Es sagt viel über den Geist von Beamten aus, wenn für sie ein Menschenrecht aus diesem oder jenem Grund keine Gültigkeit hat. Menschenrechte, das ist der Witz an ihnen, sind überall gültig und unteilbar. Schlimmer noch als einzelne Beamte aber ist das Bermudadreieck der Unzuständigkeit zwischen Bund und Ländern. Die Bundesregierung hat skandalös lange gezögert, die kritischen Fragen des UN-Menschenrechtsemissärs Vernor Muñoz zu beantworten - sie sei doch gar nicht zuständig für Bildung! Gleichzeitig lehnen es die Bundesländer ab, die UN-Konvention umzusetzen - denn unterzeichnet habe sie ja der Bund. Auf höchster Ebene erklären Bund und Länder sich also wechselseitig für nicht zuständig in Sachen Grundrechte, will sagen: sie verletzen diese Grundrechte.

<http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/beamte-gegen-menschenrechte/>
(download 10.06.2009)

Nordwest-Zeitung, Lokalteil Stadt Oldenburg, 08.06.2009

„Bildung ist Teil des Menschenrechts“

VORTRAG UN-Sonderberichterstatter Vernor Muñoz im PFL – Forderung nach barrierefreier Schule

VON PATRICK BUCK

OLDENBURG - „Bildung ist kein Wettbewerb und kein Geschäft.“ Die Worte von Vernor Muñoz, aus dem Spanischen simultan übersetzt in hunderte Kopfhörer, kamen gut an beim Publikum im voll besetzten PFL. Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung machte am Sonntag in Oldenburg Station.

Bildung werde heute zu sehr auf Wirtschaftsinteressen reduziert, kritisierte Muñoz in seinem Vortrag. Dabei solle das Lernen – als Teil des Menschenrechts – aus seiner Sicht vor allem ein würdiges Leben mit Chancengleichheit in allen Bereichen ermöglichen.

Als Hindernisse für Bildung nannte Muñoz fehlende Lernmittel, Schulgebühren oder das Fehlen von Mahlzeiten. „Wenn man den Kindern Essen gibt, gehen sie auch in die Schule“, betonte er, schließlich sei dies in vielen Ländern oft die einzige richtige Mahlzeit am Tag.

Vor rund zwei Jahren hatte Muñoz auch das Bildungssystem in Deutschland vor dem UN-Menschenrechtsrat kritisiert und damit für viel Wirbel gesorgt. „Hier gibt es eine große Ungleichheit bei Schülern mit Migrationshintergrund“, bemerkte er auch diesmal.

Mit den Teilnehmern der anschließenden Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft lag Muñoz mit seiner kritischen Haltung auf einer Wellenlänge. So beklagte Rolf Wernstedt (SPD), ehemaliger Niedersächsischer Kultusminister, eine egoistische Mentalität. Bei vielen Eltern gelte, „dass alle Hindernisse wie Migranten, Behinderte oder schwer Erziehbare vom eigenen Kind entfernt werden sollen.“

Einhellig sprachen sich die Teilnehmer daher für ein inklusives Bildungssystem aus, in dem alle Kinder gemeinsam und barrierefrei lernen können – unabhängig von Migrationshintergrund, Behinderung

oder sozialem Status. Muñoz: „Wir haben die Verpflichtung, eine Welt aufzubauen, in die wir alle reinpassen.“

http://www.nwzonline.de/index_regionalausgaben_stadt_oldenburg_artikel.php?id=2024910

(download. 08.06.2009)

epd Evangelischer Pressedienst Niedersachsen-Bremen, 08.06.2009

UN-Sonderberichterstatter fordert Menschenrecht auf Bildung

Oldenburg (epd). Der UN-Sonderberichterstatter Vernon Munoz aus Costa Rica hat ein weltweit unwiderrufliches Menschenrecht auf Bildung gefordert. Alle Staaten müssten die wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen, damit auch arme Kinder eine umfassende Bildung erhalten könnten, sagte der Jurist und Bildungspolitiker der Vereinten Nationen am Sonntag in Oldenburg. Munoz hatte 2006 im Auftrag des UN-Menschenrechtsrats das Bildungssystem in Deutschland untersucht und dieses in seinem Bericht kritisiert.

Es genüge nicht, wie in Deutschland das Recht auf Bildung in die Verfassung aufzunehmen, betonte Munoz. Das dreigliedrige deutsche Bildungssystem verschärfe die ungleichen Chancen der Kinder und Jugendlichen: "Bildung ist kein Wettbewerb und kein Geschäft. Sie darf nie auf der Niederlage Anderer begründet sein." Arme, Frauen, Behinderte und Zuwanderer seien besonders benachteiligt. "Menschen mit Bildung beherrschen Menschen ohne Bildung", kritisierte der Menschenrechtler.

Munoz warnte vor einer Fortsetzung dieses Systems. Derzeit gingen erheblich mehr Migrantenkinder in die Hauptschule als auf ein Gymnasium. Angesichts des demografischen Wandels drohe eine echte Gefahr für Deutschland. Wenn den Migranten das Wissen fehle, werde sich das Land in einigen Jahren nicht weiterentwickeln können. Außerdem zeige die Menschheitsgeschichte, dass die grundlegendsten gesellschaftlichen Veränderungen stets von unterdrückten Menschen ausgegangen sei, denen die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum verweigert wurde.

Bildung ist Munoz zufolge derzeit eine Handelsware und dient den Interessen der Wirtschaft. Der UN-Politiker verurteilte die Waffenexporte der Industrienationen in Entwicklungsländer. In vielen dieser Staaten sei das Budget für das Militär sehr viel höher als für Bildung. Die Folge seien Abermillionen von Analphabeten, die nie eine Chance auf Wissen erhielten. Bildung sei aber das Fundament der Menschenwürde.

Der ehemalige niedersächsische Kultusminister und Landtagspräsident Rolf Wernstedt (SPD) unterstützte die Kritik und warf den Deutschen eine egoistische Mentalität vor: "Es gilt doch: Mein Kind soll die beste Bildung erhalten. Alle Hindernisse wie Migranten, Behinderte oder schwer Erziehbare sollen von meinem Kind entfernt werden." Dieser "Kernbestand deutschen Denkens" sei noch nicht überwunden. (7064/07.06.09)

http://www.epd.de/niedersachsen_bremen/niedersachsen_bremen_index_65713.html

(download 08.06.2009)

Zum Thema Inklusion muss noch mehr geschehen

Interview mit Vernor Muñoz Villalobos, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung

08.06.2009 (redaktion) Das deutsche Schulsystem wirke extrem selektiv und diskriminiere Behinderte, hatte der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz Villalobos, in seinem Bildungsbericht vor zwei Jahren kritisiert. Jetzt war er für eine Stippvisite wieder nach Deutschland gekommen. In Oldenburg diskutierte er mit Wissenschaftlern, Gewerkschaftlern und Menschenrechtlern über das Recht auf Bildung und insbesondere über ein inklusives Schulsystem. Denn Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu einem solchen System verpflichtet. bildungsklick.de fragte den UN-Sonderberichterstatter nach den Reaktionen der Bundesregierung auf seinen Bericht und nach den Chancen für ein gerechteres und inklusives Bildungssystem.

Herr Muñoz, Sie haben vor drei Jahren das deutsche Bildungssystem beurteilt und insbesondere die Benachteiligung der behinderten Kinder und den starken Zusammenhang von Schulerfolg und sozialer Herkunft der Schüler kritisiert. Hat sich seither aus Ihrer Sicht etwas verbessert?

Vernor Muñoz: Ich glaube, dass es hier eine größere Diskussion über das Thema gibt. Die sozialen Schichten sind mobilisiert worden und es gibt hier ein stärkeres Bewusstsein. Trotzdem sind die Inklusionsprozesse in den öffentlichen Diskussionen immer noch nicht wirklich herausgebildet worden und es ist noch kein Übergangsplan für die Inklusion geschaffen worden. Ich glaube, dass wir in diesem Thema noch mehr unternehmen müssen, dass wir auch die technischen Voraussetzungen für die Inklusion schaffen müssen und dass wir den politischen Willen noch weiter stärken müssen, um eine echte Inklusion zu verwirklichen und nicht nur eine Integration zu ermöglichen.

Welches wären die wichtigsten Schritte, um Bildung in Deutschland gerechter zu gestalten?

Vernor Muñoz: Es müsste sehr viel Forschungsarbeiten geben in Bezug auf die Bildungssysteme in Deutschland und die Herausbildung der wirklichen Chancen der Schüler und Studenten - insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder mit Behinderung. An zweiter Stelle müsste man einen Übergangsprozess herausbilden und zwar im Geiste der UN-Konvention.

Unterdessen hat Deutschland offiziell auf Ihren Bericht geantwortet. Wie sieht diese Antwort aus?

Vernor Muñoz: Es war eine sehr allgemeine Antwort. Und ich denke, dass Deutschland immer eine institutionelle Antwort auf die Bildungsprobleme hatte und dass es noch einige Bereiche gibt, in denen mehr getan werden muss.

Sind Sie mit der Antwort zufrieden?

Vernor Muñoz: Wir hoffen immer auf Antworten, mit denen man sich noch mehr den Herausforderungen im Bildungssystem stellt. Die Bildungsangelegenheiten befinden sich in Deutschland in den Händen der Bundesländer und die unterschiedlichen Bundesländer haben unterschiedliche Bedürfnisse. Einige Länder haben dreigliedrige Schulsysteme, andere haben zweigliedrige Schulsysteme und ich glaube, dass die Bundesregierung hier stärker teilnehmen könnte, um die Bedürfnisse für das ganze Land zu decken. Das habe ich bereits in meinem Bericht von 2007 erörtert.

Deutschland hat nun die Konvention der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen unterzeichnet. Das ist doch ein Lichtblick.

Vernor Muñoz: Natürlich ist das ein Lichtblick, aber in der Welt – nicht nur in Deutschland – gibt es immer noch einen großen Unterschied zwischen der Theorie und der Praxis. Wir hoffen, dass dieses sehr positive Signal wirklich zum Fortschritt in der Bildungspraxis führt.

Nun begründen viele Bildungspolitiker ihre Ablehnung inklusiver Bildung mit fehlenden Finanzen. Was halten Sie von dieser Argumentation?

Vernor Muñoz: Es gibt sehr viele Studien, die zeigen, dass die Inklusionsprozesse günstiger sind als die Beibehaltung von Sonderschulsystemen.

Dieses Argument zieht also nicht?

Vernor Muñoz: Es gibt genug finanzielle Mittel.

Eine Frage an Sie als Jurist: Können Eltern das Recht auf Inklusion einklagen?

Vernor Muñoz: Ich glaube ja. Es gibt ja das internationale Völkerrecht und Deutschland ist ja Teil dieses Völkerrechts, da gibt es eine rechtliche Grundlage.

Das sollte man dann den Eltern in Deutschland auch so sagen?

Vernor Muñoz: Man sollte die Eltern durchaus stärken. Deutschland sieht sich übrigens nicht anderen Herausforderungen gegenüber als andere Länder. Das Problem der Inklusion ist ja ein weltweites Problem und es gibt auch Länder, die nicht so weit fortgeschritten sind wie Deutschland.

Welches Land ist Ihrer Erfahrung nach in Sachen Inklusion und Bildungsgerechtigkeit Vorbild?

Vernor Muñoz: Die Länder müssen an ihren eigenen Anstrengungen gemessen werden. Wenn ein Land sehr viele Mittel hat und diese Mittel aber nicht wirklich adäquat anwendet, dann unternimmt es zu wenige Anstrengungen. Und es gibt Länder wie Honduras, die acht Prozent für die Bildung investieren - und das sind immer noch nicht genug Mittel. Länder müssen sich nach ihrer eigenen Geschichte beurteilen und deswegen sollte man da keine Vergleiche ziehen.

Herr Muñoz, herzlichen Dank für das Interview.

<http://bildungsklick.de/a/68509/zum-thema-inklusion-muss-noch-mehr-geschehen/>
(download 08.08.2009)

KNA Katholische Nachrichtenagentur, 07.06.2009

UN-Experte: Deutsches Schulsystem benachteiligt Behinderte

Oldenburg (KNA) Der UN-Sondergesandte für das Menschenrecht auf Bildung, Vernor Munoz, hat das deutsche Schulsystem erneut scharf kritisiert. Insbesondere behinderte Schüler seien stark benachteiligt, sagte Munoz am Sonntag in Oldenburg. In diesem Bereich müsse «nur eine Kleinigkeit geändert werden: Alles».

Einmal mehr griff Munoz auch die nach seiner Ansicht viel zu frühe Aufteilung der Schüler auf verschiedene Schulformen in Deutschland an: «Bildung ist kein Wettbewerb und kein Geschäft. Erfolg kann nicht auf der Niederlage einer anderen Person beruhen.» Er beklagte zudem, dass

Grundschullehrer pädagogisch und psychologisch nicht ausreichend vorbereitet seien, um schon so früh über die weitere schulische Laufbahn der Schüler entscheiden zu können.

Der Jurist aus Costa Rica hatte schon 2006 Deutschland besucht und danach Empfehlungen vor dem UN-Menschenratsrat in Genf formuliert. Damit war er bei deutschen Politikern zum Teil auf heftige Kritik gestoßen. «Die einen haben mich als Messias, die anderen als Sheriff gesehen», berichtete Munoz in Oldenburg.

Das historisch gewachsene Schulsystem reagiere zudem «allergisch auf Vielfalt». Die Eltern müssten verstehen, dass ein integratives System für alle Schüler mindestens die gleiche Qualität biete wie das bisherige, wenn man die besten Errungenschaften der Sonderschulbildung in das Regelschulsystem einbeziehe. Alle Schüler, ob behindert oder nicht, hätten unterschiedliche Bedürfnisse und profitierten von einer individuellen Förderung. mit/gbo/

die tageszeitung, 06.06.2009 - Interview mit Vernor Muñoz

"Behinderte müssen wählen können"

Kinder und Jugendliche mit Handikap haben das Recht auf den Besuch der Regelschule, sagt der UN-Sondergesandte Vernor Muñoz. Vom dreigliedrigen Schulsystem hält er wenig.

INTERVIEW: CHRISTIAN FÜLLER

taz: Herr Muñoz, bislang haben gehandikapte Kinder kaum Zugang zur allgemein bildenden Schule - obwohl der Bundestag die Konvention der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Dezember unterzeichnete.

Vernor Muñoz: Dennoch, diese Kinder haben nun das Recht, in die Regelschulen aufgenommen zu werden. Das ist die erste und wichtigste Bedeutung der Konvention für Kinder mit Behinderungen.

Was heißt das konkret?

Behinderte Kinder und ihre Eltern müssen frei wählen können, ob sie auf einer Regelschule oder auf einer Sonderschule lernen wollen.

Davon sind wir noch weit entfernt. Da fehlen schon die Voraussetzungen in Regelschulen.

Dann muss man sie eben darauf vorbereiten. Die Konvention verlangt einen umfassenden Übergangsplan darüber, wie man vom System der Sonderschulen zu einer inklusiven Schule kommt ...

... inklusiv bedeutet, dass behinderte Kinder von vornherein zur allgemein bildenden Schule gehören. Wie schafft man das?

Die ganze Schulumwelt muss sich verändern. Es geht um Fragen der Infrastruktur der Schulen. Es geht um eine Lehrerbildung, die behinderte Kinder mit einschließt, genau wie alle Aspekte der Pädagogik. Um der Konvention wirklich gerecht zu werden, braucht man zum Beispiel mehr Ressourcen und Helfer, damit die benachteiligten Schüler gleichberechtigt an der Regelschule teilhaben zu können. Es müssen auch alle Barrieren wegfallen, die den Zugang für Schüler mit körperlichen Behinderungen erschweren.

Haben Sie überhaupt damit gerechnet, dass Deutschland die Konvention ratifizieren wird?

Ich war sehr erfreut. Damit hat der Bundestag klar zum Ausdruck gebracht, dass er substanzielle Veränderungen im Bildungssystem wünscht. Die Konvention erlegt allen Bildungsministerien des

Bundes und der Länder auf, das aktuelle System der Integration aufmerksam zu begutachten - damit es zu einem inklusiven System wird, das alle Menschen einschließt.

Die Pisa-Studien messen in Deutschland eine starke Abhängigkeit der Schulerfolge von der sozialen Herkunft der Schüler. Hat sich seit Ihrem Besuch im Jahr 2006 aus Ihrer Sicht genug verbessert?

Die deutsche Schulstruktur hat nach meinem Eindruck immer noch einen bedeutenden Einfluss auf den Erfolg etwa der Schüler mit Migrationshintergrund. Die Tatsache, dass die Kinder von Migranten in Hauptschulen über- und in den Gymnasien unterrepräsentiert sind, gibt hier deutliche Hinweise.

Wie könnte man deren Chancen verbessern?

Die Abschaffung der drei verschiedenen Schultypen würde wahrscheinlich eine positive Bewegung bringen. Es würde Migrantenkindern den Zugang zu höherer Bildung und zum Arbeitsmarkt bestimmt erleichtern. Es wäre aber auch wichtig, Schüler und Eltern aus sozial benachteiligten Schichten besser über die schulischen Laufbahnen aufzuklären. Sie müssen erfahren, wie wichtig der Schritt auf eine bestimmte Schulform für ihre Zukunft sein kann.

Was bringt Sie zu der Annahme, dass viele Eltern ihre Kinder aus Unwissen auf Hauptschulen gehen lassen?

Die Lesegrundschuluntersuchung Iglu hat gezeigt, dass in Deutschland 44 Prozent der Kinder die falsche Empfehlung für ihre Schullaufbahn bekommen. Sie hat nichts mit ihren tatsächlichen Fähigkeiten zu tun. Ein klassifizierendes System mit verschiedenen Schultypen tendiert eben immer dazu, die Separation der Kinder zu verfolgen, das heißt die Schüler falsch einzuordnen.

Manche Kinder können sich das Mensaessen nicht leisten, weil die Hartz-IV-Sätze es nicht beinhalten. Was sagt der Sonderberichterstatteer dazu?

Ich würde es eine gute Praxis für sozial benachteiligte Schüler nennen, wenn man ihnen ein freies Mittagessen garantiert. Man muss die Schülern mit allem versorgen, was ihnen ermöglicht, beste Leistungen zu erbringen.

Welche Möglichkeiten haben Sie eigentlich, wenn Deutschland seine internationalen Verpflichtungen nicht einhält? Schicken Sie Blauhelmtuppen, wenn man Ihren Empfehlungen nicht folgt?

Niemand ist verpflichtet, meine Ratschläge zu beachten. Aber viele Regierungen respektieren und erfüllen die Empfehlungen des UN-Sonderbotschafters für das Recht auf Bildung. Immerhin haben wir einen Mechanismus zum Schutz der Menschenrechte - da können die Vereinten Nationen Zusammenarbeit und Antwort erwarten.

Kasten „Muñoz Bericht“

Vor drei Jahren begutachtete Vernor Muñoz die Bildungslage in Deutschland. Der Sondergesandte der Vereinten Nationen für das Menschenrecht auf Bildung sah die Chancen von behinderten Kindern, Migranten und Flüchtlingen nicht gewährleistet. Ihnen werde hierzulande aus strukturellen Gründen teils der Zugang zu Schulen verwehrt. So steht es in einem Bericht an die UN in Genf von 2007.

Die deutschen Reaktionen auf Muñoz waren hysterisch bis schockiert. Der Juraprofessor aus Costa Rica könne nicht einmal richtig Deutsch und solle sich daher eines Urteils über die lokalen Verhältnisse enthalten, winkten Unionspolitiker ab. So weisen üblicherweise Schurkenstaaten Menschenrechtsberichte der UN zurück.

Nun kommt Munoz zu einem Deutschlandbesuch nach Oldenburg. Vernor Muñoz wird dort erstmals über die Antworten der Bundesregierung auf seinen Bericht sprechen und mit Menschenrechtlern diskutieren.

Sonntag, 11 Uhr, Kulturzentrum Peter Friedrich Ludwig, Oldenburg
munoz.uri-text.de

<http://www.taz.de/1/zukunft/wissen/artikel/1/behinderte-muessen-waehlen-koennen/>
(download 06.06.2009)

epd.de, Evangelischer Pressedienst, 06.06.2009

"Terre des hommes" kritisiert Benachteiligung von Flüchtlingskindern

Osnabrück/Oldenburg (epd). Das Kinderhilfswerk "terre des hommes" hat anlässlich des Deutschlandsbesuchs von UN-Sonderberichterstatter Vernor Munoz die Benachteiligung von Flüchtlingskindern im deutschen Bildungssystem kritisiert. Der Jura-Professor aus Costa Rica habe bereits vor zwei Jahren bemängelt, dass Migranten- und Flüchtlingskinder unzureichende Bildungschancen hätten. Es sei seitdem nicht erkennbar, dass seine Empfehlungen von den Behörden wirklich ernst genommen würden, sagte Sonja Welp von der Hilfsorganisation. Munoz nimmt an diesem Wochenende an einer Diskussionsveranstaltung in Oldenburg teil.

"Viele Kinder und Jugendliche in den von 'terre des hommes' in Deutschland geförderten Projekten müssen immer noch zahlreiche Hürden überwinden, um eine Schule oder einen Ausbildungsplatz zu finden", sagte Welp. Ihre Integration werde so durch den Staat selbst behindert.

http://www.epd.de/index_65680.html
(download 06.06.2009)

Nordwest-Zeitung, Lokalteil Stadt Oldenburg, 06.06.2009

UN-Botschafter spricht im PFL über Bildung

KR OLDENBURG - Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, Prof. Dr. Vernor Muñoz, ist an diesem Sonntag, 7. Juni, zu Gast in Oldenburg. Auf der Vortrags- und Podiumsveranstaltung, die von 11 bis 13 Uhr im PFL stattfindet, geht es um das Thema „Bildung ist ein Recht und keine Ware – Für eine freie und inklusive Bildung gleich hoher Qualität für alle“. Muñoz geht es u.a. um den Umgang mit Schulkindern in Deutschland, die einen Migrationshintergrund haben oder behindert sind sowie um die frühe Einstufung der Kinder im Schulsystem.

Zu den Veranstaltern gehören u.a. die Universität, Eltern- und Schülerverbände, Menschenrechts-Organisationen und Gewerkschaften.

http://nwzonline.de/index_regionalausgaben_stadt_oldenburg_artikel.php?id=2023802&offset=0
(download 06.06.2009)

Nordwest-Zeitung, Lokalteil Stadt Oldenburg, 04.06.2009

UN-Beauftragter diskutiert über Bildung

LR OLDENBURG - Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz, nimmt am Sonntag, 7. Juni, 11 bis 13 Uhr, im PFL an einer Veranstaltung zum Thema „Bildung ist ein Recht und keine Ware“ teil. In seinem Vortrag wird der costaricanische Rechtsanwalt Beispiele nennen, wie das Recht auf gebührenfreie Bildung verwirklicht werden kann. Eine Podiumsdiskussion schließt sich an. Teilnehmer sind u.a. der frühere niedersächsische Kultusminister Rolf Wernstedt, Dr. Claudia Lohrenscheidt (Deutsches Institut für Menschenrechte), Professor Dr. Anke Spies (Universität Oldenburg) und GEW-Vorsitzender Eberhardt Brandt.

http://www.nwzonline.de/index_regionalausgaben_stadt_oldenburg_artikel.php?id=2021595&offset=3
(download 04.06.2009)

die tageszeitung, 03.06.2009

Munoz kommt

Vor zwei Jahren erstattete der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz, Bericht über die Lage in Deutschland. Sie fiel kritisch aus. Bislang hat die Regierung nicht geantwortet. Nun kommt der Professor aus Costa Rica wieder nach Deutschland. Er diskutiert am Sonntag in Oldenburg u.a. mit Claudia Lohrenscheidt vom Deutschen Institut für Menschenrechte und Rolf Wernstedt vom Netzwerk Bildung der Ebert-Stiftung über das Recht auf Bildung.

www.munoz.uri-text.de

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=bi&dig=2009%2F06%2F03%2Fa0086&cHash=0c8af3d09a>
(download 04.06.2009)

Süddeutsche Zeitung, 02.06.2009

UN-Gesandter Munoz zu Gast in Deutschland

Die Aufregung war groß, als der UN-Sondergesandte für das Recht auf Bildung, Vernor Munoz, vor drei Jahren durch Deutschland tourte, Schulen inspizierte und scharfe Kritik übte. Munoz monierte die unzureichende Förderung von Migranten, er stellte das gegliederte Schulsystem und die Sonderschulen für behinderte Kinder in Frage. Am kommenden Sonntag will der Jura-Professor aus Costa-Rica wieder in Deutschland auftreten, allerdings nicht in offizieller Mission. Munoz kommt nach Oldenburg zu einer Podiumsdiskussion über das Recht auf Bildung, an der auch Wissenschaftler und eine Vertreterin des Deutschen Instituts für Menschenrechte teilnehmen. Vor allem Munoz' Kritik an der unzureichenden Integration behinderter Kinder in den Regelschulen hat seit seiner Deutschland-Tour an Brisanz gewonnen. Denn mittlerweile hat Deutschland eine UN-Konvention zu den Rechten behinderter Menschen ratifiziert. Die Konvention verlangt ein "inklusives" Schulsystem, also den gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht-behinderter Kinder. Sozialverbände halten das deutsche Sonderschulsystem für unvereinbar mit der UN-Konvention. In seinem Deutschland-Bericht hatte Munoz kritisiert, es werde zu wenig dafür getan, dass behinderte Kinder in Regelschulen unterrichtet werden können. SZ

<http://www.sueddeutsche.de/h5I38n/2913658/UN-Gesandter-Munoz-zu-Gast-in-Deutschland.html>
(download 02.06.2009)

Nordwest-Zeitung, Lokalteil Stadt Oldenburg, 19.05.2009

Experte der UN zu Gast im PFL

Vernor Muñoz ist Sonderberichterstatter. Sein Thema: Das Recht auf Bildung

LR OLDENBURG - Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, Professor Dr. Vernor Munoz aus Costa Rica, spricht am Sonntag, 7. Juni, in einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung im PFL (11 bis 13 Uhr). Munoz will aufzeigen, wie das Recht auf gebührenfreie Bildung für alle verwirklicht werden kann. Anschließend soll eine Podiumsdiskussion klären, ob und wie es durch exklusive Bildungs- und Schulstrukturen sowie Bildungsprivatisierung zu Menschenrechtsverletzungen kommen kann.

Auf dem Podium sitzen Dr. Claudia Lohrenscheit, Institut für Menschenrechte (Berlin), Prof. Dr. Helga Spindler, Universität Duisburg/Essen, Prof. Dr. Anke Spies, Uni Oldenburg, Professor Rolf Wernstedt, Niedersächsischer Kultusminister 1990-1998, Eberhardt Brandt, Vorsitzender GEW Niedersachsen und Professor Dr. Vernor Munoz. Die Moderation übernimmt Christian Füller, Redakteur der „Tageszeitung“, Berlin.

U.a. soll es auf dem Podium auch um das Spannungsfeld Hartz IV und Bildungsausgaben sowie die Lernmittelfreiheit gehen.

http://www.nwzonline.de/index_regionalausgaben_stadt_oldenburg_artikel.php?id=2009216
(download 23.05.2009)